

NIEDERSCHRIFT Schul/009/2011

über die Sitzung **des Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am
24.02.2011 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Ulrich Schlieker

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp

Vertretung für Herrn
Ludger Kleideiter

Herr Bernhard Kortmann

Herr Bernd Kösters

Herr Hans-Jürgen Dittrich

Frau Margarete Köhler

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Bernd Heuermann

Frau Ursula Kratz

Herr Winfried Heymanns

Vertretung für Herrn
Reinhard Bernshausen

Herr Hans-Günther Wilkens

Vertretung für Frau
Maggie Rawe

Herr Dr. Rainer Hertel

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Herr Dirk Eikmeyer

Frau Mechthild Gaußelmann

Frau Barbara van der Wielen

Vortragender Gast:

Herr Ludger Althoff

Geschäftsführer Kin-
der-, Jugend-, Famili-
enhilfe e. V.

Entschuldigt fehlt:

Herr Propst Hans-Bernd Ser-
ries

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Herr Hubertus Messing

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:55 Uhr

Der stellv. Vorsitzende Herr Schlieker stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Schulsozialarbeit

hier: Rahmenkonzept für die Fachstelle Schulsozialarbeit Billerbeck

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Althoff vom Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V. anwesend.

Frau Dirks stellt in ihrer Einführung heraus, dass Ganztagschulen zwar Stellen kapitalisieren und hiermit Schulsozialarbeit finanzieren können. Damit müssten sie Geld in eine Aufgabe stecken, die zwar wichtig sei, die sich aber die Stadt im Rahmen der gesamten Diskussion über die „Schule für alle“ auf die Fahnen geschrieben habe. Vorgeschlagen werde, für die Schulsozialarbeit einen externen Träger zu beauftragen, weil die Kommunikation zwischen Schulleitung, Lehrern, Eltern und Schüler nicht immer einfach sei und es bei einem externen Träger so viel Nähe wie erforderlich, aber auch so viel Distanz wie nötig geben könne. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, 1,5 Stellen einzurichten. In die Schulsozialarbeit sollte auch die Grundschule einbezogen werden.

Herr Brockamp macht zunächst deutlich, dass die CDU-Fraktion die Einrichtung dieser Fachstelle grundsätzlich sehr begrüße. Leider gehöre diese Aufgabe zu den Schulen heute dazu. Zwei Dinge störten ihn allerdings. Zum einen sei die Stelle zur Überraschung der CDU-Fraktion von der Bürgermeisterin erstmals im Rahmen einer Informationsveranstaltung in der Realschule vorgestellt worden. Dabei sei von 1 Stelle die Rede gewesen. Jetzt sollen 1,5 Stellen eingerichtet werden. Er hätte es begrüßt, wenn die Politiker hierüber vorher informiert worden wären. Er sehe seine Aufgabe nicht nur darin, hierüber abzustimmen.

Zum anderen sei er der Meinung, dass zunächst mit 1 Stelle begonnen werden sollte. An allen Ecken und Kanten müsse gespart werden, man wisse kaum noch wo man das Geld herbekommen solle. So sehr er die Schulsozialarbeit auch begrüße, sollten aber zunächst mit 1 Stelle Erfahrungen gesammelt werden.

Frau Dirks stellt richtig, dass sie in der Realschule von einer Fachstelle gesprochen habe. Es sei nie von 1 Stelle die Rede gewesen. Der Stellenumfang sei bereits in der Liste der freiwilligen Aufgaben, die im Rahmen der Beratungen über die Hebesatzsatzung im November 2010 vorgelegt worden sei, ersichtlich gewesen. Über diese Liste sei diskutiert worden. Es handele sich also nicht um einen neuen Vorschlag, der mit der heutigen Sitzungsvorlage unterbreitet werde.

Herr Dr. Hertel begrüßt die Einrichtung einer Fachstelle Schulsozialarbeit.

Andere Länder hätten hiermit gute Erfahrungen gemacht. Sicherlich wäre es wünschenswert, wenn 1,5 Stellen eingerichtet werden könnten. Er stimme aber zu, wenn es finanziell eng sei, zunächst mit 1 Stelle zu beginnen und dann später auf 1,5 Stellen auszuweiten.

Herr Dr. Hertel erkundigt sich, ob die Stelle im Haushaltsplan bereits enthalten sei und mit welcher Besoldungsgruppe.

Herr Messing teilt mit, dass es sich um eine S 11-Stelle handle und für 2011 50.000,-- € Personalkosten veranschlagt seien, weil unterjährig hiermit begonnen werde. Bei 1,5 Stellen müssten jährlich Personalkosten in Höhe von 75.000,-- bis 80.000,-- € eingeplant werden.

Herr Dittrich betont, dass selbstverständlich auch die SPD-Fraktion die Einrichtung der Schulsozialarbeiterstelle begrüße. Dennoch seien einige Fragen offen. Nach dem Konzept beinhalte der Aufgabenkatalog u. a. individuelle Hilfen zur Lebensbewältigung und offene Freizeitangebote. Er frage sich, ob das Aufgaben von Schulsozialarbeit sein müssten, gerade im Hinblick auf die Finanzlage. Des Weiteren sei im Bereich der Grundschule aufsuchende Elternarbeit und Krisenintervention vorgesehen. Diese Bereiche finde er bei der Haupt-, Real- und Gemeinschaftsschule nicht, wo doch gerade die Krisenintervention wichtig sei.

Herr Althoff merkt an, dass er nicht alle Aufgabenschwerpunkte von der Grundschule auf die anderen Schulen herunter kopiert habe. Selbstverständlich sei die Krisenintervention an den Sek.-I-Schulen genauso wesentlich, wenn nicht wesentlicher als im Primarbereich.

Im Übrigen gehe es nicht darum, zusätzliche umfangreiche Freizeitangebote für die Jugendlichen auf die Beine zu stellen. Vielmehr werde versucht, in Kooperation mit dem Jugendzentrum, die Jugendlichen in sinnvolle Freizeitangebote zu lenken.

Herr Kortmann hält die Schulsozialarbeit für ein wichtiges Thema und begrüßt die vorgeschlagene Beauftragung eines unabhängigen Trägers. Im Hinblick auf die äußerst knappen Haushaltsmittel sollte mit 1 Stelle begonnen werden. Vielleicht könnten auch Ehrenamtliche eingebunden werden, insbesondere wenn es um die Freizeitgestaltung oder individuelle Hilfen gehe. Außerdem sei ihm die Zusammenarbeit mit dem Streetworker wichtig.

Es sei unbestritten, so Frau Kratz, dass eine Schulsozialarbeiterstelle benötigt werde. Sie wisse aus ihrer Erfahrung, dass dies eine große Hilfe für Eltern und Schüler sei. Sicher müssten dem Stelleninhaber auch Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, dass aber in jeder Schulform ein Büro eingerichtet werden soll, halte sie für übertrieben.

Herr Messing erläutert, dass ein Büro in der Grundschule und ein Büro für das Schulzentrum eingerichtet werden soll.

Frau Kratz stellt den Antrag, zunächst nur 1 Stelle einzurichten. Wenn sich später weiterer Bedarf herausstelle, sei die CDU-Fraktion zur Aufstockung der Stelle bereit.

Herr Wilkens appelliert an die Ausschussmitglieder, für die Schulsozialarbeit 1,5 Stellen einzurichten.

Frau Köhler bringt ihre Irritation darüber zum Ausdruck, dass offensichtlich die Zusammenarbeit mit dem Träger Kinder-, Jugend-, Familienhilfe e. V. schon festgeschrieben ist und bereits viel Arbeit in die Erstellung eines Konzeptes investiert wurde. Sie sei davon ausgegangen, dass die Schulausschussmitglieder mitbestimmen könnten.

Außerdem sollten die im Schulerlass beschriebenen Aufgabenpunkte im Mittelpunkt stehen. Dabei gehe es vornehmlich um die Kinder. Deshalb halte sie auch ein Elterncafé für nicht so wichtig. Die im Konzept aufgeführten Punkte seien sehr vielfältig. Sie könne sich nicht vorstellen, dass diese Punkte von nur einem Stelleninhaber bzw. einer Stelleninhaberin erledigt werden können. Zudem halte sie die komplette Verlagerung dieser Stelle aus der Schule für bedenklich. Schulsozialarbeit müsse mit der Schule zusammen an der Schule stattfinden. Man könne nicht der Schule von außen Schulsozialarbeit aufdrücken.

Frau Dirks weist darauf hin, dass noch nichts festgelegt sei. Der Schulausschuss könne auch einen anderen Träger beauftragen. Das Rahmenkonzept solle als Diskussionsgrundlage dienen. Außerdem habe sie auch in ihrer Sprechstunde von Eltern und Schülern erfahren, dass der Blick von außen wichtig sein könne. Das Konzept sei mit den Schulleitungen besprochen worden und werde im Wesentlichen von ihnen mitgetragen.

Herr Messing weist Frau Köhler darauf hin, dass im Schulerlass die typische von den Schulen im Rahmen der Kapitalisierung bezahlte Schulsozialarbeit beschrieben werde.

Herr Dittrich macht deutlich, dass er die gute Arbeit des Vereins Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V. zu schätzen wisse und diese auch nicht schmälern wolle. Dennoch spreche sich die SPD-Fraktion für die Ausschreibung der Schulsozialarbeit aus. Allein wegen der knappen Finanzmittel bestehe schon die Verpflichtung dies zu tun. Im Übrigen unterstehe die Schulsozialarbeit doch lt. Runderlass der Schulleitung.

Das verneint Herr Messing. Wenn die Schulsozialarbeit aus Lehrerstellen finanziert werde, würde das zutreffen, aber nicht, wenn sie als zusätzliche Fachstelle eingerichtet werde.

Herr Dittrich stellt die Überlegung an, aus dem verstärkten Stundenkontingent /Stundenzuschlag für den Ganztags-Mittel für die Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen.

Frau van der Wielen macht deutlich, dass sie in der Gemeinschaftsschule nicht auf Lehrerstellen verzichten werde. Unabhängig hiervon halte sie es für ganz wichtig, dass Kinder in der Schulsozialarbeit ihren Anwalt haben. Das sei nicht gewährleistet, wenn die Schulleitung gegenüber der Schulsozialarbeit weisungsbefugt ist. In dieser Hinsicht sei ein externer Träger von Vorteil, auch was die Betreuung der Eltern betreffe, z. B. bei Konflik-

ten mit Lehrern.

Herr Dittrich wirft die Frage auf, ob evtl. eine Kombination (1 Stelle Stadt und 0,5 Stelle aus dem Zusatzkontingent für den Ganzttag) möglich sei, um auf 1,5 Stellen zu kommen.

Frau van der Wielen unterstreicht noch einmal, dass sie nicht auf Lehrerstellen verzichten werde.

Herr Kortmann meint, dass eine Ausschreibung wenig Sinn mache. Ein externer Träger kenne die Strukturen und Vernetzungen in Billerbeck nicht. Man sollte froh sein, den Verein Kinder-, Jugend-, und Familienhilfe e. V. zu haben.

Frau van der Wielen macht deutlich, dass sie nicht begeistert sei, wenn nur 1 Stelle eingerichtet werde. Im Hinblick auf die Haushaltslage habe sie aber hierfür Verständnis, wenn gleichzeitig gesagt würde, dass die Stelle aufgestockt werde, sobald hierfür Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Frau Kratz ist froh über die mit dem Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V. angestrebte Zusammenarbeit. Der Verein habe bereits über viele Jahre gute Arbeit geleistet.

Frau Gaußelmann merkt an, das Geld sicher ein wichtiges Thema sei. Sie wisse aber auch, wie häufig sie das Jugendamt informieren müssten und wie häufig der Schulpsychologe in der Schule sei. Der Bedarf für die Schulsozialarbeit steige täglich. Insofern frage sie sich, wie 13 Stunden Schulsozialarbeit weiter helfen sollen. Jetzt könne sie noch Stellen kapitalisieren, sie könne aber nicht absehen, wie das weiter gehe.

Frau Köhler hätte sich gewünscht, dass in der Vorlage zum Ausdruck gekommen wäre, dass die Schulleitung es ablehne, Lehrerstellen für die Gegenfinanzierung der Schulsozialarbeit abzugeben. Das hätte bei der Diskussion geholfen. An der Schulsozialarbeit sollte nicht plötzlich geknauert werden. Für alle sei klar gewesen, dass es Schulsozialarbeit geben müsse und dass die finanzielle Situation nicht rosig ist, habe man auch schon gewusst, bevor die Nachricht über den GFG-Entwurf gekommen sei. Die neue Schule sollte optimal besetzt werden. Sie halte es für völlig absurd, 3 Schulen mit 1 Stelle für die Schulsozialarbeit zu versorgen.

Auf Nachfrage von Herrn Dittrich, wie viele Stellen im Moment aus kapitalisierten Mitteln bezahlt werden, teilt Frau Gaußelmann mit, dass das zurzeit an der Hauptschule 15 Stunden seien. Für das neue Schuljahr werden aber weniger zur Verfügung stehen, weil die Schule auslaufe.

Herr Schlieker betont, dass es ihm wichtig sei, 1,5 Stellen zu haben. Mit 1 Stelle könne nicht auch noch die Schulsozialarbeit in der Grundschule geleistet werden. Diese sei aber wichtig, um den Übergang für die Schüler zur Gemeinschaftsschule zu vereinfachen.

Herr Brockamp kann nachvollziehen, dass 1,5 Stellen gewünscht werden. Allerdings hätten sie die Verantwortung für die gesamte Stadt. Und die Stadt habe viele Baustellen. Wenn man in die Haushaltssicherung rutsche, würden sämtliche freiwillige Aufgaben gestrichen. Deshalb sollte jetzt die Chance genutzt und mit 1 Stelle begonnen werden. Er halte es für wünschenswert, wenn der Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe als neutraler Träger diese Aufgabe übernehmen würde.

Herr Wilkens appelliert noch einmal an die Ausschussmitglieder mit 1,5 Stellen zu beginnen.

Frau van der Wielen regt an, Erkundigungen in Ascheberg einzuholen. Dort habe man versprochen, pro Stufe eine Schulsozialarbeiterstelle einzurichten. Außerdem würden 50.000,-- € in den Haushaltsplan zur Anfangsfinanzierung der Gemeinschaftsschule eingestellt.

Herr Eikmeyer äußert, dass er sehr froh über die Einbeziehung der Grundschule in die Schulsozialarbeit sei. Die Schulsozialarbeit dürfe auch nicht erst bei Schülern ab 10 Jahren beginnen. Wichtig sei der Netzwerkgedanke. Er gebe aber zu bedenken, dass 1 Stelle 39 Stunden/Woche bedeute und er könne sich nicht vorstellen, wie diese Stunden auf 3 Schulen verteilt werden sollen. Deshalb sei er dankbar, dass in dem Konzept 3 Mitarbeiter/innen vorgesehen seien.

Herr Dittrich unterstreicht, dass die SPD-Fraktion die Notwendigkeit für 1,5 Stelle sehe. Die Ausschreibung hätten sie im Hinblick auf die Verantwortung gegenüber dem Haushalt vorgeschlagen. Außerdem müsse nicht heute ein Beschluss gefasst werden. Evtl. wäre es hilfreich zu wissen, wie andere Städte, außer Ascheberg, verfahren.

Frau Dirks erläutert, dass es Schulen gebe, die Lehrerstellen umgewandelt hätten. Die Stadt Beelen habe z. B. selber einen Schulsozialarbeiter eingestellt. Eine Fachstelle, wie sie hier vorgeschlagen werde, gebe es im Umkreis noch nicht.

Herr Kösters beantragt, über den Antrag von Frau Kratz abstimmen zu lassen.

Herr Schlieker lässt dann über den Antrag von Frau Kratz abstimmen, die Fachstelle Schulsozialarbeit auf 1,0 Stelle zu reduzieren und auf 1,5 Stellen aufzustocken, sobald wieder Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Der Antrag wird mit **6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen angenommen.**

Herr Schlieker bittet die Verwaltung, das Thema rechtzeitig wieder auf die Tagesordnung des Schulausschusses zu setzen.

Der Ausschuss fasst dann folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Das Rahmenkonzept für die Einrichtung der Fachstelle Schulsozialarbeit Billerbeck wird zur Kenntnis genommen und insofern angepasst, dass zum Schuljahr 2011/12 nur 1,0 Stelle eingerichtet wird. Eine weitere Aufstockung auf 1,5 Stellen soll in Abhängigkeit der Haushaltssituation zum Ende des Jahres 2011 noch einmal überprüft werden.
2. Es soll ein Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Billerbeck und dem Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Billerbeck e.V. über die Einrichtung der Fachstelle Schulsozialarbeit Billerbeck erarbeitet werden.

Stimmabgabe: einstimmig

2. **Bestimmung der vom Schulträger zu entsendenden Mitglieder für die Schulkonferenzen**

Herr Kösters schlägt vor, 4 Vertreter zu entsenden, da dann alle Parteien berücksichtigt werden können.

Herr Messing weist darauf hin, dass nach dem Schulgesetz nur 3 Vertreter benannt werden können.

Daraufhin schlägt Herr Dittrich eine Besetzung abweichend von dem üblichen d'Hondt Auszählverfahren vor, nämlich jeweils einen Vertreter und Stellvertreter der CDU-, SPD- und Grünen-Fraktion zu benennen.

Nach kurzer Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Um nicht in jedem Besetzungsverfahren eine Einzelfallentscheidung herbeizuführen, wird grundsätzlich die Bürgermeisterin bzw. bei ihrer Verhinderung der Leiter des zuständigen Fachbereiches (FB 10) als stimmberechtigtes Mitglied in die Schulkonferenz entsandt.
2. Der Schul- und Sportausschuss schlägt aus seiner Mitte folgende Personen vor, die grundsätzlich mit beratender Stimme in die jeweilige Schulkonferenz entsandt werden:

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Frau Ursula Kratz	Herr Bernd Kösters
Herr Hans-Jürgen Dittrich	Frau Margarete Köhler
Frau Maggie Rawe	Herr Hans-Günther Wilkens
3. Damit auch die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit haben, neue Schulleiterinnen bzw. Schulleiter kennen zu lernen, sollen sich die gewählten Leiterinnen bzw. Leiter in einer zeitnahen Sitzung nach ihrer Wahl persönlich vorstellen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Bericht und Ausblick über das Betreuungsangebot der Offenen Ganztagsgrundschule**

Herr Althoff berichtet mittels Power-Point-Präsentation über das Betreuungsangebot der Offenen Ganztagsgrundschule (**Anlage 1**). Anschließend beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Messing berichtet, dass die Landesregierung zum 1. Februar die Landeszuschüsse für die OGS um 115,-- bzw. bei Integrations-Kindern um 130,-- € pro Kind angehoben habe. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, den erhöhten Landeszuschuss dazu zu nutzen, den Eigenanteil der Stadt abzusenken und dafür die Elternbeiträge nicht zu erhöhen.

Frau Dirks ergänzt, dass ein überarbeiteter Vertrag vorgelegt werde, über den dann zu beschließen wäre, wenn der Ausschuss dem Verwaltungsvorschlag folgen könne.

Herr Althoff macht deutlich, dass es sich um Landesmittel handele, die durchgereicht werden könnten an den Träger. Seine Mitarbeiter registrierten selbstverständlich auch, dass es mehr Geld gebe und hofften auf eine Sonderzahlung. Auf der anderen Seite stehe die schwierige finanzielle Situation der Stadt Billerbeck. Er schlage vor, eine zusätzliche Beitragsstaffelung zwischen dem derzeit niedrigsten Beitrag von 40,-- € und 0,00 € einzuführen. In die Überlegungen sollte einbezogen werden, dass der jetzige Vertrag bereits 6 Jahre alt sei.

Herr Dittrich macht bei allem Verständnis deutlich, dass er hierüber ohne Sitzungsvorlage und zu fortgeschrittener Stunde nicht diskutieren wolle.

Frau Dirks sagt zu, die Angelegenheit für die nächste Sitzung vorzubereiten.

4. **Einführung eines elektronischen Abrechnungssystems für die Schulspeise**

Herr Messing macht deutlich, dass man bei rd. 350 Essen täglich nicht mehr ohne ein elektronisches Abrechnungssystem auskomme. Ein solches System koste zwischen 10.000,-- und 15.000,-- €, wobei die Schulen 5.000,-- bis 6.000,-- € beisteuern würden. Die Stadt müsste dann noch einmal den gleichen Betrag im investiven Bereich an Ausgabeermächtigung einstellen, um das neue System für das kommende Schuljahr anschaffen zu können. Im Hinblick darauf, dass bei der Schulsozialarbeit eine halbe Stelle gekürzt wurde, appelliere er daran, den Betrag zur Verfügung zu stellen. Aktuell stünden derzeit für alle Schulen noch Mittel von 37.000,-- € zur Verfügung.

Herr Wilkens schlägt im Hinblick auf die hohen Kosten für ein elektronisches System vor, über das an der Havixbecker Gesamtschule bestehende System nachzudenken.

Wenn man den gesamten Aufwand betrachte und die Personalkosten der

Schule und der Verwaltung dagegen setze, so Herr Messing, dann sei ein elektronisches System alternativlos. Außerdem sei die Amortisationszeit sehr gering.

Auch wenn der Vorschlag evtl. berechtigt sei, so Herr Brockamp, komme er jetzt zur Unzeit. Überall werde nach Einsparungen gesucht und dann werde so ein Vorschlag unterbreitet. Außerdem hätte man diese Kosten schon bei der Planung der Küche berücksichtigen müssen. Die Verwaltung sollte nach anderen kostengünstigeren Lösungen suchen und prüfen, ob die Schüler einbezogen werden können. Heute könne er über den Vorschlag nicht abstimmen.

Herr Kortmann weist darauf hin, dass 2009/10 viel Geld in die Schulen investiert wurde. Auch wenn er verstehe, dass bei ca. 6.000 Essen jährlich ein elektronisches System wünschenswert wäre, sei ihm völlig schleierhaft wie das finanziert werden soll. Außerdem sei er verwundert, dass diese Anschaffung jetzt im Nachhinein vorgeschlagen werde.

Herr Messing unterstreicht, dass über ein Abrechnungssystem von Anfang an gesprochen worden sei, die Anschaffung aber immer wieder zurückgestellt wurde.

Frau Kratz bekräftigt, dass der Vorschlag zum falschen Zeitpunkt komme.

Frau van der Wielen erläutert, wie umständlich das Bestellen, die Essensausgabe und die Abrechnung derzeit gehandhabt werden. Die Küche mache Verluste, weil Schüler/innen unberechtigt essen. Sie unterstreicht, dass von Anfang an gesagt worden sei, dass ein Abrechnungssystem eingeführt werden müsse, wenn sich das Essen etabliert habe.

Herr Dittrich legt dar, dass er die Notwendigkeit nachvollziehen könne, aber der Vorschlag wirklich zur Unzeit komme. Nach seinen Informationen werde das Essen woanders über die Elternbeiträge finanziert.

Herr Messing merkt an, dass man hier frei in der Entscheidung sei und das Essensgeld auch erhöht werden könnte. Er gibt aber zu bedenken, dass 5.000,-- € Aufwand im investiven Bereich den Haushalt bei 10 Jahren Abschreibung nur mit 500,-- € jährlich belaste.

Entweder koste das elektronische System 10.000,-- oder 15.000,-- €; die Spanne sei ihm viel zu hoch, so Herr Dittrich. Außerdem wolle er wissen, um welchen Betrag sich der Elternbeitrag erhöhe, wenn die Anschaffung auf die Essen umgelegt werde.

Herr Kortmann spricht von 10 – 20 Cent und macht noch einmal deutlich, dass es ein Klacks gewesen wäre, diese Summe bei den Mio. € Investitionen an den Schulen unterzubringen. Jetzt müsse man sehen, ob über Sponsoring etwas möglich sei.

Frau Dirks stellt klar, dass bereits beim Bau der Mensa ein elektronisches Abrechnungssystem vorgestellt worden sei. Damals sei gesagt worden,

dass erst einmal mit dem Essen angefangen werden soll. Dann habe man sich über Jahre hinweg beholfen. Der Vorschlag werde jetzt unterbreitet, weil durch die gute Küche die Essenszahlen erheblich zugenommen haben. Heute gehe es nicht um eine Vergabe, sondern darum, ob der Betrag in den Haushaltsplan eingestellt werden könne. Dann würden konkrete Angebote eingeholt.

Herr Brockamp stellt den Antrag, die Verwaltung mit der Einholung detaillierter Angebote zu beauftragen.

Herr Heuermann schlägt vor, ggf. mit Hilfe der Schüler in einem Projekt ein Abrechnungssystem zu erstellen.

Frau van der Wielen erwidert, dass man die Verantwortung nicht an die Schüler abtreten könne.

Herr Messing weist darauf hin, dass die meisten Kosten für die Hardware anfielen.

Herr Dittrich schlägt vor, die Diskussion hier zu beenden, weil der Verwaltungsvorschlag keine Mehrheit findet. Die Verwaltung sollte Alternativvorschläge auch hinsichtlich des Preises unterbreiten.

Auf Antrag von Herrn Brockamp fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Die Entscheidung wird heute vertagt. Die Verwaltung wird beauftragt, ihren Vorschlag mit Alternativen und Finanzierungsvorschlägen zu konkretisieren und in der nächsten HFA-Sitzung vorzulegen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

5.1. Anmeldeverfahren für die Gemeinschaftsschule - Frau van der Wielen

Frau van der Wielen berichtet, dass einen Tag vor Ablauf des Anmeldeverfahrens 94 Anmeldungen für die Gemeinschaftsschule vorlägen. Also könne die neue Schule mit 4 Zügen starten und es hätte kein Kind abgelehnt werden müssen. Die Heterogenität sei ebenfalls abgebildet, da sowohl Kinder mit Gymnasial-Empfehlung als auch mit integrativem Förderbedarf angemeldet worden seien.

6. Anfragen

6.1. Graffiti an der Schule - Herr Kortmann

Herr Kortmann erkundigt sich, ob der Verursacher der Schmierereien festgestellt werden konnte.

Das wird von Herrn Messing verneint. Zurzeit werde eruiert, ob man sich künftig gegen solche Schäden versichern könne.

6.2. Beleuchtung in der Hauptschul-Turnhalle - Herr Kösters

Herr Kösters weist darauf hin, dass die Beleuchtung in der Turnhalle der Hauptschule die ganze Nacht über an gewesen sei.

Herr Messing teilt mit, dass die Turnhalle aufgrund eines Lehrgangs auch für die Übernachtung genutzt worden sei. Dieses sei der Verwaltung bekannt gewesen.

Ulrich Schlieker
stellv. Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin